

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 29. Juni 2011

§ 154

Erhöhung Stellenplan Departement Finanzen und Gesundheit

(Bericht Regierungsrat, 24.5.2011; Kommission Finanzen und Steuern, 9.6.2011)

Eintreten

Thomas Kistler, Niederurnen, Kommissionspräsident, dankt allen, vor allem dem temporären Kommissionspräsidenten Richard Lendi, für das Verständnis und die kurzfristige Übernahme des Vorsitzes.

Es will die Leitung des Departements Finanzen und Gesundheit verstärkt werden. Einzig in ihm hat die Departementssekretärin neben dem Sekretariat noch eine Hauptabteilung zu führen. Für diese zwei Funktionen soll das Pensum von 100 auf 160 Prozent erhöht werden. Der Anschein, es werde für die Amtsinhaberin, die ihr Pensum aus Familiengründen auf 60 Prozent reduziert, eine neue Stelle gebildet, trifft nicht zu. Die Kommission lobt ausdrücklich Einsatz und Kompetenz von Daniela de la Cruz, deren Wissen, Erfahrung und Einsatzbereitschaft für den Kanton zu sichern sind. Die wichtigsten Gründe für die Aufstockung, bzw. Aufteilung in eine Stelle Departementssekretariat und eine neue Stelle Hauptabteilungsleitung sind: wichtiger werdendes Controlling Spitalfinanzierung, Gespräche mit Krankenversicherern, Pflegefinanzierung, Hausarztwesen, Spitäler, Heime usw. Stärkere Betreuung dieser Bereiche ist wertvoll und vielleicht sogar finanziell lohnend. Auch ist die Trennung von Leitung Hauptabteilung Gesundheit (die um viel Geld verhandelt) und Departementssekretariat Finanzen sinnvoll. – Netto betrage die Stellenerhöhung nur 40 Prozent, weil beim Lebensmittelinспекtorat 20 Prozent weggefallen seien; da dies ohnehin geschah, beträgt die Erhöhung gleichwohl 60 Prozent. – Bei der Aufteilung der Stellenprozente auf Hauptabteilungsleitung und Departementssekretariat soll richtigerweise auf die Bewerbungen Rücksicht genommen werden können.

Namens der Kommission beantragt T. Kistler Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates und dankt allen an Erstellung und Beratung der Vorlage Beteiligten.

Fridolin Staub, Bilten, Kommissionsmitglied, äussert sich namens der SVP-Landratsfraktion zustimmend. – Das Stellenbegehren ist begründet, und die Umorganisation rüstet das Departement für die kommenden Herausforderungen. Die Aufgabenentflechtung Kanton/Gemeinden betrifft das Departement Finanzen und Gesundheit kaum, doch ist darauf hinzuweisen, dass der Personalbestand der kantonalen Verwaltung der neuen Situation nächstens angepasst werden muss.

Christian Marti, Glarus, kämpft dagegen an und beantragt, auf die Erhöhung zu verzichten. – Masshalten bezüglich Stellenbegehren ist absolut zwingend. Der Rat ist verpflichtet, eine

Situation zu verhindern, wie sie anfangs Jahrhundert herrschte. Es darf nicht vergessen werden, wie der von Stellenerhöhungen mit beeinflusste Kantonshaushalt rasch aus dem Gleichgewicht geraten kann und enorme Anstrengungen und schwierige Einschnitte erst wieder zur finanziellen Gesundung führen. Auch die kantonale Verwaltung streckt sich nach der Decke, was ausdrücklich ebenfalls im Departementssekretariat Finanzen und Gesundheit in anzuerkennender Weise geschieht. So vermochten Gemeinden und Kanton die Aufgaben bisher gut zu erfüllen, was ein Qualitätsmerkmal darstellt. – Zudem ist von der einst geltenden Regel, Stellenerhöhungen ausschliesslich innerhalb der Budgetdebatte zu behandeln, nicht abzuweichen. Die Kenntnis von Voranschlag und Finanzplan erlaubt eine bessere Güterabwägung und ermöglicht klareres Einschätzen, wie sich beantragte Stellen auswirken. Heute liegen nachvollziehbare Argumente nur für Stellenerhöhungen vor, nicht aber über die finanziellen Auswirkungen, und weitere Begehren werden nach den Sommerferien folgen. – Der Landrat hat dem Einhalt zu gebieten. Die Angestellten der kantonalen Verwaltung werden bereit sein, ihre Aufgaben weiterhin zur Zufriedenheit aller wahrzunehmen.

Auf Rückfrage des *Vorsitzenden*, ob es sich um einen Nichteintretens- oder einen Ablehnungsantrag handle, erklärt *C. Marti*, er beantrage Ablehnung.

Richard Lendi, Mollis, Vorsitzender der Kommissionssitzung, setzt sich für Zustimmung ein. – Er zitiert aus seiner Abschiedsrede nochmals Konrad Adenauer: „Besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit ihre eigenen Antworten will.“ Die Kommission ist nach intensiver Auseinandersetzung mit dem Begehren von der Notwendigkeit der Stellenerhöhung überzeugt. Im Gesundheitswesen wird wegen der neuen Pflegefinanzierungs- und Fallpauschalenregelungen sehr viel ändern. Ablehnung hiesse, am falschen Ort zu sparen.

Regierungsrat *Rolf Widmer* dankt der Kommission, vor allem Richard Lendi, für die sachliche Diskussion, die ohne Kommissionspräsident und -vizepräsident stattfand; Beispiel für die ausserordentliche Flexibilität des Landrates. – Das Departement Finanzen und Gesundheit ist sich bezüglich Masshalten seiner Vorbildfunktion bewusst. Es ist das einzige, das die Doppelfunktion Sekretariat-/Hauptabteilungsleitung kennt. Fällt die verantwortliche Person jedoch aus, wird der operative Teil der Hauptabteilung geschwächt, ja stillgelegt, da keine Stellvertretung möglich ist; z.B. müssten die Kostengutsprachen ausserkantonaler Hospitalisationen, die rund 10 Millionen Franken betragen, ungeprüft bleiben, womit sehr schnell zehntausende von Franken unentdeckt bleiben können. Zudem würden allenfalls wegen mangelnder Ressourcen die Sicherheit beeinträchtigt (Lebensmittel, Seuchen wie Vogelgrippe, Antibiotikaresistenz) und Bundesvorgaben (Spitalbereich, Aufgaben Kantonsärzte) beeinträchtigt. – Im Vergleich mit anderen Kantonen bleibt die Hauptabteilung Gesundheit selbst bei Zustimmung am bescheidensten besetzt und der Grundsatz „Masshalten“ erfüllt, der für alle ähnlichen Begehren zu gelten hätte.

Detailberatung

Abstimmung: Dem Regierungsantrag ist zugestimmt; der Stellenplan des Departements Finanzen und Gesundheit ist unbefristet um 40 Stellenprozent erhöht.